

# Polizeiarbeit im besetzten Österreich

**Vor 70 Jahren: Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann der Wiederaufbau der Sicherheitsbehörden und Sicherheitsdienststellen in Österreich unter schwierigen Bedingungen.**

Truppen der „Roten Armee“ hatten Wien eingenommen, die Kämpfe waren zu Ende, die Stadt lag in Trümmern. Am 27. April 1945, elf Tage vor der offiziellen Kapitulation des Deutschen Reichs, wurde in Wien die Wiedererrichtung der Republik Österreich verkündet und der Anschluss an Deutschland 1938 für null und nichtig erklärt. Die provisorische Staatsregierung war für die Gesetzgebung und Verwaltung zuständig. Mit dem Behördenüberleitungsgesetz 1945 wurden die Behörden, Ämter und sonstigen Institutionen des Deutschen Reichs in Österreich aufgelöst und die österreichischen Behörden wiedererrichtet.

Das Polizeidirektionsgebäude am Schottenring 9-11 lag in Trümmern und das Palais Modena in der Herrngasse 7, Sitz des Bundesministeriums für Inneres und während der NS-Zeit im Eigentum der Reichspolizeiverwaltung, wies Bombenschäden auf. Viele Polizei- und Gendarmeriedienststellen waren zerstört, beschädigt oder verlassen.

**Alliiertes Rat.** Die provisorische Staatsregierung war abhängig von den vier Besatzungsmächten. Der Alliierte Rat, bestehend aus den Oberkommandierenden der Besatzungsmächte, hatte laut dem Beschluss des Ersten Kontrollabkommens vom 4. Juli 1945 faktisch die Staatsmacht inne. Er setzte „die Pläne hinsichtlich der wichtigsten militärischen, politischen, wirtschaftlichen und anderen Fragen fest, die Österreich in seiner Gesamtheit betreffen“ und fasste darüber Beschlüsse.

Die Verwaltung in Wien wurde von der Alliierten Kommandantur im Justizpalast kontrolliert. Die Stadt wurde mit 1. September 1945 in vier Sektoren aufgeteilt. Der erste Bezirk wurde von den Besatzungsmächten gemeinsam verwaltet – der Vorsitz wechselte monatlich. Die Besatzungsmächte ließen sich über alles informieren. Jede beabsichtigte Stellenbesetzung, Versetzung und Abkommandierung von Polizisten musste den Alliierten zur Genehmigung vorgelegt werden. Verhaftungen durften ohne Zustimmung der Kommandantur nicht vorgenommen werden. Mit dem am 28.



**Innenminister Oskar Helmer, Wiens Polizeipräsident Josef Holoubek: Gratwanderung im besetzten Österreich.**

Juni 1946 beschlossenen Zweiten Kontrollabkommen wurde das Vetorecht der Alliierten abgeschafft – nur Verfassungsgesetze mussten weiterhin der Kommission vorgelegt werden.

**Innenressort.** Leiter des neuen Staatsamts für Inneres der provisorischen Staatsregierung wurde der Kommunist Franz Honner. Er gehörte ab 1927 dem Zentralkomitee der KPÖ an und flüchtete 1936 aus dem Anhaltelager Wöllersdorf nach Moskau. 1937/38 kämpfte er im spanischen Bürgerkrieg. 1944/45 bildete er österreichische Bataillone der jugoslawischen Partisanen aus. Dem Staatssekretär Honner wurden zwei Unterstaatssekretäre zugeteilt – Oskar Helmer von der SPÖ und Raoul Bumballa von der ÖVP. Am 26. September 1945 wurde im Staatsamt für Inneres mit Dr. Josef Heinrich Sommer ein weiterer Unterstaatssekretär eingesetzt. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die erste Nationalratswahl der Zweiten Republik am 25. November 1945 vorzubereiten.

Bei der Nationalratswahl erhielt die KPÖ nur 5,4 Prozent der Stimmen und schaffte knapp den Einzug in den Nationalrat. Die ÖVP erhielt 48,8 Prozent und die SPÖ 44,6 Prozent. Bei der ersten konstituierenden Sitzung des Nationalrats am 19. Dezember 1945 wurde die neue Regierung gebildet. Aus den Staatsämtern wurden Bundesministerien. Leopold Figl wurde am nächsten Tag Bundeskanzler und der bisherige Unterstaatssekretär Oskar Helmer Bundesminister für Inneres. Helmer, geboren am 16. November 1887 in Gatten-

dorf, war Schriftsetzer und Redakteur und ab 1935 im Versicherungswesen tätig. Ab 1921 war er Landespolitiker in Niederösterreich. 1934, 1935 und zwischen 1938 und 1944 war er aus politischen Gründen mehrmals inhaftiert.

**Bundespolizeibehörden.** Im Staatsamt für Inneres wurde die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit wiedererrichtet und die Aufgaben des öffentlichen Sicherheitswesens gingen an die wiedererstandenen neun Sicherheitsdirektionen über. Die unterste Ebene der Sicherheitsverwaltung bestand aus den Bezirksverwaltungsbehörden und den staatlichen Polizeibehörden. Ab 1948 kamen neue Bundespolizeibehörden hinzu – 1948 das Bezirkspolizeikommissariat (BPK) Leoben und – nach der Ausgliederung aus Groß-Wien – das BPK Schwechat. Das BPK Villach wurde 1948 wiedererrichtet; seit 1938 war es als Polizeiamt der Polizeidirektion Klagenfurt unterstellt. In Mödling wurde mit Verordnung der Bundesregierung vom 26. Oktober 1954 über Verlangen der russischen Besatzungsmacht ein Bundespolizeikommissariat eingerichtet, aber nach der Staatsvertragsunterzeichnung mit Verordnung vom 25. Oktober 1955 wieder aufgelöst.

**Polizeiorganisationen in Wien.** In den ersten Wochen nach dem Einmarsch der „Roten Armee“ Mitte April 1945 gab es keinen organisierten Polizeidienst in Wien. Unter dem Einfluss der Sowjets bildeten sich Polizeistellen in einigen Bezirken; die Bezirksleiter („Polizeichefs“) waren meist Kommunisten und hatten vom Polizeidienst zum Teil wenig Ahnung. Sie nahmen Freiwillige als Hilfspolizisten auf, Hauptvoraussetzung war die „politische Zuverlässigkeit“. Unter den Freiwilligen befanden sich entlassene Kriminelle, einige dieser Hilfspolizisten plünderten im Dienst Wohnungen und verübten andere Straftaten.

**„Polizeilicher Hilfsdienst“.** Die sowjetische Kommandantur richtete Mitte Mai 1945 den „Polizeilichen Hilfsdienst“ ein, mit 7.200 Männern. Er un-



**Straßenverkehr in Wien 1950: Damals gab es in Wien 18.500 Pkws, 20.200 Lkws und 21.300 Motorräder.**

terstand dem sowjetischen Stadtkommandanten Generalleutnant Blagodatow und sollte unter anderem Plünderungen und Vergewaltigungen unterbinden und Nazis verhaften, die als „belastet“ eingestuft wurden. Die Hilfspolizisten erhielten Dienstlegitimationen und Armbinden mit dem Aufdruck „Polizeilicher Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien“. Leiter war der KPÖ-Funktionär Rudolf Hautmann. Er erließ am 28. Mai eine Anweisung an die Polizeichefs in den Bezirken über die „Durchführung einer schlagkräftigen Verhaftungswelle“ und die „Aufstellung eines Spezialtrupps“ unter „Zuhilfenahme von Rotarmisten“. Tags zuvor hatte Hautmann seine Hilfspolizisten angewiesen, „öffentliche Mandatare, führende Nazi, SS-Leute, SA-Leute, Gestapo und Leute, die als Denunzianten tätig gewesen sind“, zu verhaften. 5.500 Menschen wurden in Wien festgenommen. Viele von ihnen wurden in Lager gebracht, wo sie Repressalien ausgesetzt waren. Einige Verfolgte des NS-Regimes nahmen Rache an den nun Internierten. Generalleutnant Blagodatow ließ auch eine 400 Mann starke Alarmabteilung aufstellen.

Die Tätigkeit des Polizeilichen Hilfsdienstes wurde mit Erlass des Staatsamtes für Inneres vom 9. Juni 1945 eingestellt. Am 13. Juni 1945 übernahm die wiedererrichtete Polizeidirektion Wien den gesamten polizeilichen Dienst in der Bundeshauptstadt. Der Großteil der Angehörigen des Polizeilichen Hilfsdienstes wurde in den Personalstand der neuen Polizeidirektion Wien übernommen.

**Österreichisches Freiheitsbataillon im Polizeidienst.** Eine weitere Polizeiorganisation 1945 in Wien bestand aus Antifaschisten, die in der jugoslawischen Armee im „zweiten österreichischen Freiheitsbataillon“ gedient hatten, dem auch Franz Honner angehörte. Weitere Bataillonsangehörige dienten bei der Gendarmerie und im Grenzschutz an der tschechoslowakischen Grenze und bildeten den Wehrschutz in USIA-Betrieben. Die USIA verwaltete die von den Sowjets beschlagnahmten Firmen.

**Die Polizeidirektion Wien** war ab März 1945 im niederösterreichischen Landhaus in der Herrengasse 13 unter-

gebracht; im Juli 1945 übersiedelte sie in das Deutschmeisterpalais am Parkring. Der frühere Polizeivizepräsident Dr. Ignaz Pamer wurde im April 1945 aus der Pension zurückgeholt und fast 79-jährig als Polizeipräsident in Wien eingesetzt. Er selbst sah sich als Platzhalter. Pamer erließ am 19. Juli 1945 einen Geschäftsplan für die Polizeidirektion Wien mit den drei zentralen Abteilungen Staatspolizei, Kriminalpolizei und Administrativpolizei. Am 20. Juli 1946 trat er endgültig in den Ruhestand; ihm folgte Dr. Arthur Klausner als Polizeipräsident nach. Klausner war ein Kompromisskandidat, denn Innenminister Helmer wollte eigentlich General Franz Winterer als Wiener Polizeichef einsetzen, die Sowjets waren dagegen.

Bürgermeister Theodor Körner ließ zunächst in Wien als Antwort auf den polizeilichen Hilfsdienst eine eigene Polizeitruppe aufbauen. Die Polizisten in Zivil trugen weiße Armbinden mit der Aufschrift „Polizei“ auf Deutsch und Russisch. Ihr Leiter war Dr. Heinrich Hüttel, der spätere Polizeivizepräsident. Er erließ am 13. April 1945 einen schriftlichen Aufruf mit rot-weiß-rotem Aufdruck: Alle Polizisten, die vor 1938



Harley-Davidson-Maschinen der Wiener Polizei 1949.



Streifenwagen des Wiener Verkehrsunfallkommandos 1950.

gedient hatten, sollten sich melden; auch solche, die danach aufgenommen worden waren, nicht aber „Illegale“.

Unter den Männern, die sich Mitte April 1945 für den Polizeidienst meldeten, befand sich Wenzel Kozak. Er war einer jener k. k. Polizeiaagenten, die für den Schutz des Thronfolgerpaares in Sarajevo eingeteilt worden waren und den Attentäter Gravilo Princip festgenommen hatten. Kozak schied 1920 aus dem aktiven Polizeidienst aus. 25 Jahre später baute er im Kommissariat Floridsdorf eine Kriminalbeamtengruppe auf. Bis zu seinem Lebensende hatte er Schuldgefühle: „Hätte ich damals besser aufgepasst, wäre der Erste Weltkrieg möglicherweise verhindert worden“, erwähnte Kriminaloberinspektor Kozak gegenüber seinen Kollegen, erinnert sich der pensionierte Kriminalbeamte Josef Langer, der den „Geheimen“ Kozak kannte, da dieser zwei Häuser weiter in der Anton-Bosch-Gasse wohnte. Auch Langer hat eine außergewöhnliche Karriere hinter sich. 1920 geboren und in Floridsdorf aufgewachsen, absolvierte Langer eine Mechanikerlehre und überlebte als Halbjude die nationalsozialistische Diktatur „recht und schlecht“. In den letzten Apriltagen 1945 meldete er sich für den Kriminaldienst. „Uniform habe ich keine anziehen wollen“, sagt Langer. „Von Uniformierten habe ich mehr als genug gehabt.“ Der Polizei-Chefarzt überprüfte seine Tauglichkeit und Langer begann als provisorischer Kriminalbeamter im Kommissariat Floridsdorf. Wenzel Kozak war sein Chef. „Von ihm habe ich alles gelernt, was ich für den Kriminaldienst gebraucht habe“, betont Langer. Er absolvierte Kurse in der Rossauer Kaserne, lernte Grundlegendes über die Gerichtsmedizin und Mordermittlungen.

Als „Dienstwaffe“ hatte er eine private „FN“-Pistole, sie gehörte seinem Vater. Die Kriminalbeamten waren im weitläufigen Bezirk mit Fahrrädern unterwegs, die von den russischen Besatzern nicht „requiriert“ worden waren. Später erhielt die Kriminalabteilung von der Kraftfahrabteilung eine Beiwagen-Maschine mit Chauffeur zur Verfügung gestellt.

Der Kriminaldienst während der Besatzungszeit war schwierig und gefährlich. Floridsdorf gehörte zur russischen Besatzungszone und Langer berichtet über einige unangenehme Erlebnisse mit Soldaten der Roten Armee. Trotzdem hätten sich die Kriminalbeamten in der russischen Zone frei bewegen und amtshandeln können, sagt Langer. Bei einer Streife wurden er und ein Kollege von einem Russen mit einem Maschinengewehr zum Mitkommen in einen Lagerraum gezwungen. Der Besatzungssoldat befand sich in einer depressiven Stimmung und suchte Sauerkumpane. Nachdem eine Flasche Wein geleert worden war, durften die beiden Kriminalbeamten wieder abziehen. Sepp Langer trat mit 1. Jänner 1972 in den Ruhestand. Mit seiner Frau Elfi lebt er in seinem Haus in Wien-Floridsdorf.

Ende 1945 erhielt die Wiener Polizei



Zeitzeuge Sepp Langer (mit Ehefrau Elfie): Kriminaldienst ab April 1945.

von den Besatzungsmächten die schwer beschädigte und bis dahin militärisch genutzte Rossauer Kaserne zur Verfügung. Hier war in den Nachkriegsjahren unter anderem die Polizeischule untergebracht.

**Staatspolizei.** Innenstaatssekretär Franz Honner setzte seinen Parteikollegen Dr. Heinrich Dürmayer als Leiter der Wiener Staatspolizei ein. Dieser war in den 1930er-Jahren mit Honner im Anhaltelager Wöllersdorf interniert und hatte mit ihm im spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Er war danach in Frankreich festgenommen und 1940 nach Deutschland ausgeliefert worden, wo er in den Konzentrationslagern Flossenbürg, Auschwitz und Mauthausen interniert gewesen war. In Auschwitz hatte er eine Widerstandsgruppe geleitet. Als eine seiner ersten „Amtshandlungen“ ließ Dürmayer Häuser für seine Mitarbeiter beschlagnahmen. Laut Helmer verhaftete die Staatspolizei unter Dürmayer „nach Belieben, sie führte Hausdurchsuchungen ohne gerichtliche Bewilligung durch, nahm ‚Verhöre‘ vor, beschlagnahmte Lebensmittel und andere Waren und errichtete Anhaltelager, in denen nicht nur Nationalsozialisten, sondern viele andere den Kommunisten missliebige Personen durch Wochen und Monate gefangen gehalten oder gar – was noch schlimmer war – an die Besatzungsmacht als ‚Faschisten‘ ausgeliefert wurden.“

Leiter der staatspolizeilichen Abteilung im Innenministerium und somit Dürmayers Gegenspieler war Dr. Maximilian Pammer.

Nach einer Amtshandlung 1947 gegen Nationalsozialisten, die einen Anschlag auf das Siegesdenkmal der Roten Armee auf dem Schwarzenbergplatz

(damals Stalinplatz) geplant haben sollen, brachte Dürmayer beim Polizeipräsidenten Klauser eine Beschwerde gegen Sektionsrat Dr. Franz Mayer ein, den Leiter des Staatspolizeilichen Exekutivdienstes und Helmer-Vertrauten.

Laut Helmer wurde die Attentatsgeschichte erfunden, um Mayer abzusetzen. Dürmayer drohte, Mayer das Betreten der Amtsräume und jede Tätigkeit in der Staatspolizeilichen Abteilung zu untersagen, wenn er noch länger in der Abteilung belassen werde. Helmer verfügte daraufhin die Versetzung Dürmayers zur Polizeidirektion Salzburg. Klauser hätte Dürmayer das Versetzungsdekret aushändigen sollen, meldete sich aber krank. Helmer bestand aber auf die Versetzung. Der Ministerrat genehmigte Helmers Vorschlag, den Wiener Branddirektor Josef Holaubek zum Polizeipräsidenten zu ernennen und Ministerialrat Dr. Oswald Peterlunger mit der Führung der Wiener Staatspolizei zu betrauen. Als Reaktion der sowjetischen Kommandantur auf die Absetzung Dürmayers wurden einige nicht kommunistische leitende Polizeibeamte, darunter der stellvertretende Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, abgesetzt. Dürmayer trat den Dienst in Salzburg nicht an und schied aus der Polizei aus.

Rund 1.500 KPÖ-Mitglieder waren 1945 in Wien in den Polizeidienst eingetreten, nun begann Polizeipräsident Holaubek mit Unterstützung des Innenministers, viele von ihnen aus der Polizei zu entfernen.

**Schleichhandel und Schmuggel.** Die Knappheit von Lebensmitteln und anderen Grundgütern führte zu einem Ausufer von Schmuggel und Schwarzhandel. Im Resselpark entstand ein offener Schwarzmarkt. Einige kriminelle Organisationen bedienten diese Märkte und arbeiteten auch mit der russischen Besatzungsmacht zusammen. Ein Beispiel dafür ist die „Benno-Blum-Bande“: Anfang Jänner 1950 verhafteten Agenten des US-Geheimdienstes den ehemaligen Tiroler KPÖ-Landespartei sekretär Max Bair. Er stand im Verdacht, mit einer Schmuggler- und Entführerbande zusammengearbeitet zu haben. Aufgrund des Geständnisses von Bair wurden zwölf Mitglieder einer Bande festgenommen. Sie hatten mit Duldung der sowjetischen Besatzer amerikanische Zigaretten aus Ungarn nach Österreich geschmuggelt. Als Gegenleistung hatte die Bande mindestens vier Menschen



**Kundmachung der Polizeidirektion vom 13. Juni 1945 über die Übernahme des Polizeidienstes in Wien.**

aus den westlichen Besatzungszonen entführt und an die Russen ausgeliefert. Bair wurde vorher auf Kautions freigelassen und flüchtete in die sowjetische Besatzungszone. Dem Anführer der Bande, Benno Blum, gelang ebenfalls die Flucht in den Sowjetsektor, wo er in „Schutzhaft“ genommen und in ein Anhaltelager in Niederösterreich gebracht wurde. Von dort flüchtete Blum. In der

**MILITÄRPOLIZEI**

**Die „Vier im Jeep“**

Wiens Polizisten durften zu Beginn der Besatzungszeit keine Besatzungssoldaten festnehmen, wenn diese Straftaten verübten. Dieses Verbot wurde erst ab Februar 1946 in den westlichen Besatzungszonen nach und nach aufgeweicht. Um für Ruhe und Ordnung unter den Besatzungssoldaten zu sorgen, wurde im September 1945 in Wien das „Alliierte Polizeizentrum“ eingerichtet. Es gab fünf Interalliierte Militärpatrouillen, je eine in jeder der vier Besatzungszonen und die fünfte für den gemeinsam verwalteten ersten Bezirk. Die Patrouillen waren mit je einem Soldaten der vier Besatzungsmächte besetzt („Vier im Jeep“). An den Fahrzeugen waren die Flaggen der vier Besatzungsmächte befestigt.

Nacht des 3. April 1950 wurde er in Wien von französischen und amerikanischen Militärpolizisten angehalten. Es kam zu einem Schusswechsel, bei dem Blum ums Leben kam.

Eine Reihe von Lebensmitteltransporten erreichte ihr vorgegebenes Ziel nicht, sondern landete im Schleichhandel. In diesem Zusammenhang wurden im Oktober 1949 mehrere Mitarbeiter der Außenhandelskommission festgenommen. Um den Schleichhandel wirksamer zu bekämpfen, richtete Polizeipräsident Holaubek, im Februar 1948 die Abteilung V („Wirtschaftspolizeiliche Abteilung“) ein. Sie umfasste die drei Dienststellen Wirtschaftspolizei, Schleichhandelsbekämpfung und Preisüberwachung. 1951 löste Holaubek die Abteilung wieder auf. Die Wirtschaftspolizei und die Preisüberwachung wurden in die Kriminalpolizeiliche Abteilung eingegliedert.

Die gefährlichste Bande nach Kriegsende war die „Simon-Platte“. Ihre Mitglieder verübten Morde, Raubüberfälle, Einbrüche und andere Straftaten. Die Bandenmitglieder hatten sich 1944 noch während der NS-Diktatur zusammengeschlossen. Nach einem Raubüberfall am 2. April 1946 im 14. Wiener Bezirk, bei dem sich die drei Täter als Kriminalbeamte ausgegeben hatten, konnte einer der Räuber vier Tage später festgenommen werden, als er auf dem Schwarzmarkt einen Teil des erbeuteten Schmucks verkaufen wollte. Nach und nach gingen der Polizei Bandenmitglieder ins Netz. Der Kopf der Bande, der 25-jährige August Simon, wurde mehr als zwei Wochen nach dem Überfall in einer Wohnung in Wien-Ottakring von zwei Kriminalbeamten aufgespürt. Als die beiden Beamten das Zimmer betraten, schoss Simon sofort auf die Polizisten. Einer von ihnen wurde getötet, der zweite durch einen Schuss ins Bein verletzt. Simon gelang die Flucht. Er wurde später von Polizisten des Kommissariats Ottakring in der Flurschützstraße gestellt und bei einem Feuergefecht tödlich getroffen. Insgesamt wurden 33 Bandenmitglieder festgenommen, viele von ihnen waren bewaffnet. Simon wurden fünf Morde nachgewiesen. Fast 70 Mitglieder und Helfer der Bande wurden vor Gericht gestellt. Ihnen wurden insgesamt 20 Morde und Mordversuche zur Last gelegt, sowie Raubüberfälle, Autodiebstähle und Einbrüche. Dazu kamen Betrugsdelikte und Diebstähle.

### Verhaftungen und Deportationen.

Für viele Exekutivbeamte, vor allem bei der Staatspolizei, war der Dienst eine gefährliche Angelegenheit. Einige Polizisten wurden von den Sowjets verhaftet, unter ihnen der leitende Kriminalbeamte Anton Marek, und der Gendarmriebeamte Franz Kiridus.

Oberinspektor Anton Marek war Leiter der Gruppe 5 der Staatspolizei. Die Kriminalbeamten dieser Gruppe sollten unter anderem Übergriffen der Besatzungsmacht nachgehen. Marek war auch mit Einvernahmen von Flüchtlingen betraut, um zu staatspolizeilich relevanten Informationen zu kommen. Er war mehrmals in der sowjetischen Stadtkommandatur in Wien und mit dem sowjetischen Verbindungsoffizier in Kontakt. Dieser bat Marek am 17. Juni 1948, in die Kommandatur zu kommen. Dort wurde der Oberinspektor festgenommen und in das sowjetische Gefängnis nach Baden gebracht. Die Bundesregierung protestierte erfolglos beim Alliierten Rat. Marek wurde wegen angeblicher Spionage gegen die Sowjetunion zum Tod verurteilt. Die Todesstrafe wurde zunächst zu einer lebenslangen und später zu einer 25-jährigen Freiheitsstrafe umgewandelt. Marek wurde in ein Zwangsarbeitslager in die Sowjetunion gebracht, er kam erst nach Abschluss des Staatsvertrags 1955 zurück – als gebrochener Mann.

Franz Kiridus, der bei der Staatspolizei im Innenministerium tätig war, wurde am 16. Juli 1948 an der Zonengrenze auf dem Semmering von sowjetischen Soldaten festgenommen. Wie Marek wurde er wegen Spionage zum Tod verurteilt und später zu 25 Jahren Haft begnadigt. Er konnte ebenfalls erst nach Abschluss des Staatsvertrags 1955 nach Österreich zurückkehren.

Im Oktober 1946 nahmen die sowjetischen Besatzer den Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, Hofrat Dr. Franz Baier, fest, weil er eine vertrauliche Weisung des Sowjetvertreters weitergegeben hatte, wonach im niederösterreichischen Sowjetsektor Streiks und öffentliche Demonstrationen jeder Art für verboten erklärt worden waren. Das war den Sowjets unangenehm; die Verhaftung des Sicherheitsdirektors sollte davon ablenken. Baier war am 3. Juli 1945 als Sicherheitsdirektor eingesetzt worden. Im folgte Hofrat Andreas Liberda als Sicherheitsdirektor nach. Auch er hatte Probleme mit der russischen Besatzungsmacht. Am 4. Dezember 1949



Die „Vier im Jeep“: Fahrzeug der alliierten Militärpolizei in Wien (Modell einer Sonderausstellung 2013 im Heeresgeschichtlichen Museum).

wurde die Frau eines Gendarmen bei einem Nikolaus-Fest in einem Gasthaus in Hausmending von einem betrunkenen sowjetischen Offizier belästigt. Daraufhin kam es auf dem Heimweg zwischen dem Gendarmen und dem Offizier zu einer Auseinandersetzung. Dabei stürzte der Russe von einer Brücke in die Ybbs und ertrank. Innenminister Helmer verweigerte die von den Sowjets geforderte Auslieferung des Gendarmen, weil eine Untersuchung durch österreichische Behörden die Schuldlosigkeit des Beamten festgestellt hatte. Daraufhin forderten die Sowjets am 10. Dezember 1949 in einer Note an die Bundesregierung die Verhaftung und Auslieferung des Sicherheitsdirektors Liberda. Auch das verweigerte Helmer.

„Österreich ist frei“. Während der zehnjährigen Besatzungszeit hatte die Sicherheitsexekutive eine Reihe von Bewährungsproben zu bestehen, etwa die Ausschreitungen Anfang Oktober 1950, bei denen ein kommunistischer Putschversuch befürchtet wurde. Erst nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai 1955 wich in der Sicherheitsexekutive die Angst vor Repressalien.

Nach Abschluss des Staatsvertrags am 15. Mai 1955 mussten die letzten Kommunisten ihre Leitungsfunktionen in den Kommissariaten der ehemaligen sowjetischen Zone räumen. Sie wurden in andere Dienststellen versetzt. Einige

führende Polizeibeamte flüchteten in den Ostblock. Der Staatsvertrag wurde bis 25. Juli 1955 von allen vier Besatzungsmächten ratifiziert. Damit trat der Staatsvertrag in Kraft. Nach einer 90-tägigen Abzugsfrist verließen die letzten Besatzungssoldaten am 25. Oktober 1955 Österreich. Am nächsten Tag beschloss die Bundesregierung die immerwährende Neutralität. Österreich war nun wirklich frei. *Werner Sabitzer*

#### Quellen/Literatur:

*Ableitinger, Alfred; Beer, Siegfried; Staudinger, Eduard G. (Hg.): Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955. Studien zu Politik und Verwaltung, Band 63. Wien/Graz, 1998.*

*Archiv der LPD Wien.*

*Fischer, Karl: Die Vier im Jeep. Die Besatzungszeit in Wien 1945–1955. Wiener Stadt- und Landesarchiv. Wiener Geschichtsblätter, Beiheft 1/1985.*

*Hautmann, Hans: Der Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945. In: Quellen & Studien 2000. Die Alfred-Klahr-Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Wien, 2000.*

*Helmer, Oskar: 50 Jahre erlebte Geschichte. Wien o. J.*

*Wetz, Ulrike: Geschichte der Wiener Polizeidirektion vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1955. Mit Berücksichtigung der Zeit vor 1945. Phil. Diss. Wien 1971.*